

Niederschrift

über die Sitzung am Mittwoch, 24.02.2010
im Kreishaus Borken,
Kreisausschuss-Sitzungssaal (Raum 2181)

Anwesend:

Vorsitz:

Dietmar Eisele Ahaus

Mitglieder:

Arno Berning	Raesfeld	
Volker Jürgen Himmel	Borken	
Markus Jasper	Heek	bis 19.20 Uhr (TOP 9)
Dipl.-Ing. Ludger Konrad	Stadtlohn	
Paul Lensing	Borken	
Heinrich Lübbering	Vreden	
Josef Osterhues	Ahaus	
Theo Sanders	Bocholt	
Bernd Schlipsing	Vreden	
Wolfgang Klein	Ahaus	
Wolfgang Kramer	Gescher	
Elisabeth Lindenhahn	Raesfeld	
Friedhelm Weikamp	Rhede	
Johann Vering	Heiden	
Gerd Welper	Vreden	

Vertreter/innen der Verwaltung:

Hubert Grothues		
Dr. Hermann Paßlick		bis 19:30 Uhr (TOP 9)
Wilfried Kersting		
Peter Sonntag		
Ludger Stienen		
Karl-Peter Theis		bis 17:44 Uhr (TOP 4)
Dr. Gerd Eckstein		bis 17:48 Uhr (TOP 5)
Paul Schmeing		
Sandra Bußmeier		
Olaf Sobek		

Erledigung der Tagesordnung:

Vorsitzender Eisele eröffnet um 17:00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Erschienenen. Er stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist. Einwendungen gegen die Tagesordnung und die Niederschrift der letzten Sitzung werden nicht erhoben.

A. Öffentlicher Teil

Punkt 1: Verpflichtung der sachkundigen Bürger/innen

Vorsitzender Eisele bittet die Anwesenden, sich für die Verpflichtung der sachkundigen Bürger im Ausschuss von den Plätzen zu erheben. Er liest die Verpflichtungsformel vor:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle des Kreises erfüllen werde. So wahr mir Gott helfe.“

Anschließend verpflichtet Vorsitzender Eisele die Herren Ludger Konrad, Wolfgang Kramer, Johann Vering und Gerd Welper per Handschlag.

Punkt 2: Bestellung eines Schriftführers und einer stellvertretenden Schriftführerin für den Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und Bauen Vorlage: 0031/2010

Beschluss:

17 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

Kreisamtmann Olaf Sobek wird zum Schriftführer für den Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und Bauen bestellt.

Kreisamtfrau Sandra Bußmeier wird zur stellvertretenden Schriftführerin für den Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und Bauen bestellt.

Punkt 3: mündlicher Sachstandsbericht zur Umsetzung des Breitbandkonzepts (Die Vorlage 0349/2009 zur KT-Sitzung am 21.01.2010 ist als Anlage beigefügt)

Berichterstatte(r)in: Dr. Elisabeth Schwenzow,
Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Borken

Frau Schwenzow berichtet anhand einer Power-Point-Präsentation, deren Folien als Anlage zur Niederschrift beigefügt sind, über die derzeitigen Aktivitäten und geplanten Maßnahmen zur Umsetzung des Breitbandkonzeptes im Kreisgebiet Borken. Im Kern solle die Wirkungskette erreicht werden, dass Versorgungsbetriebe bzw. Telekommunikationsunternehmen in Glasfasernetze auf den interkommunalen Strecken sowie in Datennetze in den Kommunen investierten, „weiße Flecken“ im Kreisgebiet, d.h. Bereiche ohne Breitbandanschluss, verschwinden und am Ende in allen Städten und

Gemeinden ein Hochleistungsbreitband zur Verfügung stehe. Es bestehe zwar nicht die hundertprozentige Sicherheit, dass diese Wirkungskette aufgehe, die Erfahrungen in den letzten Monaten gäben aber Anlass zur Hoffnung. Zum einen stiegen die Datenmengen enorm, was zu einem höheren Bedarf und entsprechender Nachfrage nach leistungsfähigen Netzen führe; dies bestätige auch die positive Verfügbarkeits- und Bedarfsanalyse. Zum anderen hätten sich mehrere Investoren bei der Wirtschaftsförderungsgesellschaft gemeldet und Interesse bekundet. Im Industriegebiet Vreden-Gaxel sei die Breitbandversorgung über das sehr gut ausgebaute niederländische Netz erfolgt.

Auf die Frage von Herrn Lensing, welche Mietpreise für die Leerrohre erzielt werden können, antwortet Frau Schwenzow, dass von 20 Cent pro laufendem Meter und Jahr ausgegangen werde und ergänzt, dass bei einer Vermietungsrate von 40 bis 70 % je nach örtlichen Gegebenheiten eine Rendite für den Kreis Borken zu erwarten sei.

Herr Berning stellt fest, dass es sich bei der Vermietung von Leerrohren an Versorgungs- und/oder Telekommunikationsunternehmen um eine wirtschaftliche Betätigung des Kreises handele. Er frage sich, in welcher Rechtsform dies erfolge und weshalb es von privater Seite keine Interessenten für den Ausbau des Glasfasernetzes gegeben habe. Frau Schwenzow bestätigt, dass sich der Kreis mit der Verlegung von Leerrohren und der anschließenden Vermietung wirtschaftlich betätige. Dies sei aber mit § 107 der Gemeindeordnung, der die Zulässigkeit wirtschaftlicher Betätigung regele, vereinbar (Rechtsgutachten von Prof. Holznagel, Institut für Medienrecht an der Universität Münster). Eine besondere Rechtsform sei nicht vorgesehen, es werde lediglich die steuerrechtliche Anerkennung als Vermögensverwaltung bzw. Betrieb gewerblicher Art geprüft. Das zunächst zurückhaltende Interesse von Privatunternehmen sei mit der Neuartigkeit und den damit verbundenen Risiken zu begründen. Breitband sei im Kommen, man müsse bei Investitionen in das Glasfasernetz derzeit jedoch mit einer Abschreibungszeit von bis zu 35 Jahren rechnen; Telekommunikationsunternehmen gingen jedoch von einem „Return on Invest“ (RoI), einer Abschreibung von 4 – 6 Jahren aus.

Herr Welper bemerkt, dass die Erschließung von Breitbandtrassen im Kreisgebiet ein harter Standortfaktor für den Kreis Borken sei, der den Kommunen ermögliche, sich dem Datenleitungsnetz anzuschließen. Er wolle wissen, ob im Zuge der Verfügbarkeits- und Bedarfsanalyse auch niederländische Firmen angeschrieben worden seien. Dies bestätigt Frau Schwenzow; die auf dem Gebiet bekannt aktiven niederländischen Firmen wurden informiert, zwei große Unternehmen wollten investieren.

Herr Osterhues kritisiert das geringe Interesse der Telekom an der Breitbandversorgung im Kreis Borken. Frau Schwenzow bekräftigt das und berichtet, dass die Telekom beispielsweise in Ahaus-Ottenstein zwar Glasfaserkabel verlege, den Ort jedoch nicht mit der Glasfasertechnik versorge. Es sei bedauerlich, dass unter den zahlreichen Unternehmen, die Interesse an einer aktiven Beteiligung bei der Breitbandversorgung gezeigt hätten, die Deutsche Telekom nicht vertreten sei.

Herr Klein bittet um Darstellung der technischen Umsetzung der Glasfaserkabelverlegung in den Leerrohren. Frau Schwenzow demonstriert an einem Stück Glasfaserkabel, dass in den Leerrohren bis zu 21 Kabel einzeln oder zu mehreren verlegt werden könnten; je Trasse würden drei DA 50-Rohre verlegt, in die bis zu 7 Einzelkabel mit Druckluft eingeblasen werden könnten. Die Verlegung der Leitungen erfolge in der Regel entlang von öffentlichen Straßen.

Punkt 4: Beratung des Haushaltsentwurfs 2010 für das Budget 09 - Vermessung und Kataster
Vorlage: 0028/2010

Berichterstatter: Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues

Auf Anfrage von Herrn Himmel, wie wahrscheinlich die Mehrkosten in Höhe von 100.000 € für die Erstellung von Orthofotos mit höherer Auflösung seien (vgl. Haushaltsentwurf zu Budget 09 Seite 301) führt Herr Theis, Leiter des Fachbereiches Vermessung und Kataster aus, es sei damit zu rechnen, dass alle drei Jahre diese Mehrkosten entstehen würden, zunächst im Jahr 2012. Die Befliegung des Kreisgebietes und die Erstellung von Orthofotos erfolge normalerweise im Sommer, um optisch ansprechende Bilder zu erhalten. Ein Foto bei sommerlichem Laubbestand und die standardmäßige niedrigere Auflösung werde jedoch nicht jedem Bedarf gerecht, so dass zusätzliche Befliegungen zu anderen Jahreszeiten und Orthofotos mit einer qualitativ besseren höheren Bodenauflösung notwendig seien, was zu besagten höheren Kosten führe.

Herr Lensing bittet im Namen der neuen Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft, Verkehr und Bauen um die schrittweise Einführung von Themen aus dem Bereich Vermessung und Kataster. Herr Grothues erklärt, dass er den Vorschlag gerne aufnehme. Begriffe aus dem Katasterwesen wie „Digitalisierte Liegenschaftskarte“ oder „ALKIS“ seien für die neuen Ausschuss-Mitglieder noch Fremdworte, die in den nächsten Sitzungen erläutert werden sollten. Ferner könne auch die weitere Entwicklung des Vermessungs- und Katasterwesens sowie des Geodaten-Informations-Systems und die organisatorischen Auswirkungen ausführlich dargestellt werden.

Beschluss: 10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
7 Enthaltungen

Dem Entwurf des Kreishaushaltes 2010, bezogen auf das Budget 09 – Vermessung und Kataster, wird zugestimmt. Dem Kreistag wird insoweit empfohlen, den Haushalt 2010 zu verabschieden.

Punkt 5: Beratung des Haushaltsentwurfs 2010 für das Produkt 11.03.04 - Wirtschaft, Regionalentwicklung, EU-Angelegenheiten, Statistik
Vorlage: 0029/2010

Berichterstatter: Kreiskämmerer Wilfried Kersting

Herr Jasper und Frau Lindenhahn stellen aufgrund der Neuerungen im Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und Bauen, der nun auch das Produkt 11.03.04 - Wirtschaft, Regionalentwicklung, EU-Angelegenheiten und Statistik – beinhalte, Informationsbedarf zum Thema Wirtschaft und Kreisentwicklung fest. Herr Grothues sagt zu, in einer der kommenden Sitzungen diesen Bereich im Ausschuss vorzustellen. Derzeit werde vom Büro des Landrats ein neues Kreisentwicklungsprogramm „Kompass Kreis Borken 2025“ vorbereitet.

Beschluss: 10 Ja-Stimmen
 0 Nein-Stimmen
 7 Enthaltungen

Dem Entwurf des Kreishaushaltes 2010, bezogen auf das Produkt 11.03.04 – Wirtschaft, Regionalentwicklung, EU-Angelegenheiten, Statistik wird zugestimmt. Dem Kreistag wird insoweit empfohlen, den Haushalt 2010 zu verabschieden.

Punkt 6: Beratung des Haushaltsentwurfs 2010 für das Budget 07 - Verkehr
Vorlage: 0026/2010

Berichtersteller/in: Ludger Stienen

Antrag 07-01 zu den Beratungen des Haushalts 2010 - Bußgelder für Verkehrsordnungswidrigkeiten
(Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.01.2010)

Herr Welper begründet den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Durch eine Optimierung der Arbeitsweise und auf Grund höherer Verwertungsquoten halte er es für möglich, die Ertragsposition „Bußgelder für Ordnungswidrigkeiten“ um weitere 100.000 € anzuheben.

Herr Lensing entgegnet, durch die genannten Umstellungs- und Optimierungsmaßnahmen seien sicherlich höhere Erträge als im Vorjahr zu erwarten. Die CDU halte die eingeplante Erhöhung und somit den von der Verwaltung vorgeschlagenen Ansatz für genau richtig.

Frau Lindenhahn bekräftigt diese Auffassung. Die Bürger würden die Geschwindigkeitsüberwachung ohnehin sehr kritisch sehen und empfinden diese häufig als „Abzocke“. Daher werde die SPD den Antrag ablehnen.

Vorsitzender Eisele lässt über den Antrag abstimmen.

Beschluss: 2 Ja-Stimmen
 0 Enthaltungen
 15 Nein-Stimmen

Herr Vering erkundigt sich, warum trotz sinkender Zulassungszahlen mehr Stellenanteile für die Zulassungsstelle als im Vorjahr ausgewiesen würden. Herr Stienen erläutert, es seien keine zusätzlichen Stellen eingerichtet worden. Vielmehr handele es sich um eine kostenrechnerische Verlagerung von Stellenanteilen zwischen den Produktbereichen, die sich auf Grund der teilweise überschneidenden Aufgabenwahrnehmung - vor allem in den Nebenstellen - ergeben. Natürlich werde die personelle Situation vor dem Hintergrund sinkender Zulassungszahlen sehr kritisch beobachtet. Aktuell sei eine Stelle im Bereich des Zulassungswesens unbesetzt. Über eine Wiederbesetzung werde erst dann entschieden, wenn sich eine Stabilisierung bei den Zulassungszahlen abzeichne und eine Richtung erkennbar sei. Herr Stienen weist darauf hin, dass diese Vorgehensweise eine hohe Flexibilität ermögliche, sich zwar nicht im Stellenplan 2010 niederschlage, wohl aber bei den laufenden Kosten.

Herr Stienen informiert über wesentliche Entwicklungen im Budget 07 - Verkehr. Das Budget 07 erwirtschaftete schon seit Jahren Überschüsse und sei damit das einzige „Überschuss-Budget“ im Haushalt des Kreises Borken. Dieser Überschuss liege mit 741 T€ noch mal um 300 T€ höher als im Vorjahr. Ursächlich hierfür seien aber nicht nur Erhöhungen auf der Ertragsseite, sondern auch die Bemühungen, den Aufwand zu verringern.

Überschüsse entstünden in den Produktbereichen „Bußgeldstelle“ und „Zulassungsstelle“. Diese Überschüsse würden quasi reinvestiert und ermöglichten es, die kostenintensiven Aufgabenfelder Verkehrssicherung und -aufklärung sowie ÖPNV durch Gebühren und Bußgelder zu finanzieren.

Zum Produkt 07.01.01 – Verkehrssicherheit erläutert Herr Stienen, dass der Aufwand leicht sinke, der Ansatz für die Verkehrserziehung/Verkehrssicherheit aber unverändert mit 95 T€ geplant sei. Damit könne das Verkehrssicherheitskonzept mit den verschiedenen Bausteinen weiterhin in der bewährten Form umgesetzt werden. Im Ansatz enthalten seien 5 T€, die für das auf Anregung des Ausschusses für Verkehr und Bauwesen initiierte Fahrrad-Event „Fietsensonntag“ zur Verfügung stünden. Er verweist auf den ausgelegten Flyer „Fietsen-Sommer 2010“.

Herr Stienen führt zur Haushaltsplanung weiter aus, dass für 2010 die Anschaffung eines zweiten Fahrzeuges zur mobilen Geschwindigkeitsüberwachung vorgesehen sei. Dadurch sei ein flexiblerer Einsatz der beiden Mitarbeiter, die bisher im streng geregelten Schichtdienst arbeiteten, möglich. So könnten vor allem zu den Hauptzeiten des Schüler- und Berufsverkehrs die Kontrollen intensiviert werden. Er betont, dass die Bußgelder zwar eine wichtige und fest eingeplante Einnahme darstellten, die Erhöhung der Verkehrssicherheit durch eine flächendeckende und nicht berechenbare Geschwindigkeitsüberwachung aber im Vordergrund stehe. Diese Auffassung spiegele sich auch in der bewussten organisatorischen Trennung der Aufgabenbereiche „Verkehrssicherheit“ und „Ahndung von Ordnungswidrigkeiten“ wider.

Im Produkt 07.01.02 – Bußgeldstelle sei der Ertrag aus Bußgeldern um 200 T€ angehoben worden. Herr Stienen begründet die Anhebung mit der Anschaffung des zweiten Messfahrzeuges und mit besseren Verwertungsquoten, die nach Umstellung von der analogen auf die digitale Messtechnik zu erzielen seien. Er wies aber auch auf Risiken hin. Schnee und Eis hätten in den ersten beiden Monaten dieses Jahres zu starken Ausfällen geführt. Außerdem erhalte die Bußgeldstelle einen Großteil ihrer Fälle von der Polizei. Deren Überwachungskonzept sei für den Fachbereich Verkehr nicht steuerbar, so dass die Bußgeldeinnahmen aus diesem Bereich erfahrungsgemäß größeren Schwankungen unterworfen seien.

Der Ansatz für die Gebühreneinnahmen im Produkt 07.01.03 – Zulassungsstelle sei um 250 T€ gesenkt worden, so Herr Stienen. Er nennt hierfür drei Gründe. Nachdem im vergangenen Jahr die Zahl der Zulassungen durch die Umweltprämie für ältere Fahrzeuge auf stabilem Niveau geblieben sei, werde für 2010 mit einem Zulassungsrückgang von 3 % gerechnet. Daraus ergebe sich eine Mindereinnahme von rd. 100 T€. Hinzu kämen Mindereinnahmen aus der Gebührenänderung bei der Kennzeichenmitnahme und der Abwanderung eines Großabnehmers von Kurzzeitkennzeichen. Die Aufwendungen des Produkts seien entsprechend angepasst worden.

Das Produkt 07.02.01 – Führerscheinstelle beschreibt Herr Stienen als insgesamt recht unspektakulär. Es gebe beständige Fallzahlen und durch die Gebühren könne der Bereich nahezu eine volle Kostendeckung erreichen.

Herr Stienen weist auf eine wichtige Änderung im Produkt 07.01.05 – ÖPNV hin. Der im Haushaltsentwurf 2010 mit 500 T€ veranschlagte Zuschuss an die RVM könne auf Grund des neuesten, kürzlich vorgelegten Wirtschaftsplanes der RVM auf 391 T€ verringert werden. Er bitte um entsprechende Berücksichtigung bei der Beschlussfassung zum Budget 07.

Im Haushaltsentwurf 2010 sei eine Ausweitung des ÖPNV-Angebotes auf Grund der schwierigen finanziellen Situation bei den Gemeinden, Städten und dem Kreis nicht vorgesehen, erklärt Herr Stienen. Der Ansatz zur Finanzierung der Nahverkehrsverbindungen sei um 50 T€ zurück gefahren worden, so dass hier jegliche Reserve für eine Ausweitung fehle. Ferner seien für den Ansatz „Beseitigung des Tarifsprungs in Rhade“ keine Mittel mehr eingeplant, da es in der Vergangenheit keine Mittelanforderungen gegeben habe.

Als wichtige Aufgaben im Rahmen der Fortschreibung des Nahverkehrsplanes nennt Herr Stienen die Überprüfung der Standards auf der Linie S 75. Hier seien Bedarfe und Kosten für eine Verdichtung sowie für Spätfahrten zu analysieren. Ebenso zu ermitteln sei der Bedarf für Spätfahrten auf den Regio-Bus-Linien. Überdies habe die Verschiebung der Schulzeiten in den Nachmittag hinein Auswirkungen auf den Schülerverkehr. Mögliche Änderungsbedarfe könnten dann für das nächste Haushaltsjahr berücksichtigt werden.

Punkt 9: Spätlinie des Sprinterbusses S 75 Münster – Bocholt
(vorgezogen) **(Antrag der SPD-Fraktion vom 10.02.2010)**
Vorlage: 0052/2010

Frau Lindenhahn verweist auf den vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion zur Spätlinie des Sprinterbusses S 75 Münster-Bocholt (TOP 9). Die Linie habe immer mehr an Bedeutung gewonnen und viele Studenten nutzten sie regelmäßig. Ihr sei jedoch zugetragen worden, dass es Probleme in den Abendstunden bei den Rückfahrten von Münster gebe. Um auch nach späten Vorlesungen mit dem Sprinterbus nach Hause fahren zu können, müsse eine zusätzliche Spätfahrt angeboten werden. Daher solle die Verwaltung beauftragt werden zu ermitteln, inwieweit ein Bedarf für Spätfahrten bestehe und welche Möglichkeiten es gebe, ihn gegebenenfalls zu decken. Anschließend solle sich eine Bedarfsprüfung für zusätzliche Fahrten am Wochenende.

Vorsitzender Eisele lässt über den Antrag abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Die Verwaltung wird beauftragt, den Bedarf für eine Spätfahrt zu ermitteln und zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen dieser Bedarf gedeckt werden könnte.

Punkt 6.1: Einführung eines Sozialtickets
Antrag der Fraktion B90/ Die Grünen vom 19.02.2010
Vorlage: 0070/2010

Herr Welper erläutert den Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen. Das Anliegen sei bereits im Sozialausschuss diskutiert und ein entsprechender Antrag sei dort abgelehnt worden. Nachdem bekannt geworden sei, dass der VRR im Sommer 2010 ein Sozialticket in die Tarifstruktur aufnehmen, halte er es für sinnvoll, die Diskussion im Kreis Borken noch einmal zu führen.

Herr Dr. Paßlick greift den letzten Satz der Begründung zum Antrag auf, in dem es heißt, „...aus dem keine zusätzlichen kommunalen Haushaltsbelastungen erwachsen.“ Er macht deutlich, dass er diese Aussage er so nicht gelten lassen könne. Dem Verkehrsverbund Rhein-Ruhr sei ein Zweckverband übergeordnet, dessen Mitglieder Städte und Kreise seien. Defizite im ÖPNV würden nach bestimmten Schlüsseln den Mitgliedern angerechnet und so letztlich über die kommunalen Haushalte abgedeckt.

Er erläutert weiter, im Kreis Borken lägen andere, mit dem VRR nicht vergleichbare Strukturen vor. So hätten Verkehrsunternehmen hier grundsätzlich das Recht, die Preise selbst festzusetzen. Wobei natürlich mit steigenden Zuschüssen auch der politische Einfluss zunehme.

Herr Dr. Paßlick betont, dass die Einführung eines Sozialtickets auf dem Sozialsektor diskutiert und entschieden werden müsse. Die Verantwortung hierfür könne nicht auf die privaten Verkehrsunternehmen übertragen werden.

Frau Lindenhahn schließt sich dieser Auffassung an. Es handle sich um eine Angelegenheit, die einschließlich ihrer Finanzierung im Sozialausschuss beraten und entschieden werden müsse.

Herr Lensing sagt, die CDU-Fraktion werde den Antrag in dieser Form ablehnen. Auf Grund unterschiedlicher Strukturen könne der Kreis Borken nicht mit dem VRR verglichen werden. Er macht den Vorschlag, den Antrag Fraktion Bündnis90/Die Grünen in einen Prüfauftrag abzuändern. Einen solche Prüfauftrag werde die CDU-Fraktion unterstützen.

Auf die Frage von Herrn Berning, ob die Kommunen die Einführung eines Sozialtickets mittragen müssten, erläutert Herr Dr. Paßlick, der Kreis Borken sei als Aufgabenträger zwar alleinig zuständig, würde aber eine solche Entscheidung in die Kommunen rückbinden, da sie über die Kreisumlage das Sozialticket mittelbar finanzierten. Die Tarife würden vom Tarifausschuss der Verkehrsgemeinschaft festgelegt und dieser würde sicherlich einen finanziellen Ausgleich fordern.

Herr Welper meint, die finanziellen Auswirkungen ließen sich nur schwer abschätzen. Es könne zu Verschiebungen kommen, die aber nicht zwingend ein Defizit für den ÖPNV bedeuten müssten. Durch die Einführung eines Sozialtickets könnten zum Beispiel auch neue Kunden für den ÖPNV gewonnen werden.

Herr Welper teilt mit, er ziehe seinen Antrag in dieser Form zurück und greife den Vorschlag von Herrn Lensing auf, den Antrag als Prüfauftrag an die Verwaltung zu formulieren.

Der Ausschuss signalisiert Einvernehmen.

Vorsitzender Eisele lässt über den Beschlussentwurf einschließlich der Verringerung des Ansatzes „Zuschuss an die RVM“ auf 391 T€ abstimmen.

Beschluss:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
7 Enthaltungen

Dem Entwurf des Kreishaushaltes 2010, bezogen auf das Budget 07 – Verkehr, wird mit einer Veränderung zugestimmt: Der Ansatz „Zuschuss zu den Verkehrsleistungen der Regionalverkehr Münsterland GmbH wird von 500.000 € auf 391.000 € verringert. Dem Kreistag wird insoweit empfohlen, den Haushalt 2010 einschließlich dieser Veränderung zu verabschieden.

**Punkt 7: Straßenbericht 2010 mit Straßenbauprogramm und Hochbauprogramm
2010 mit Energiebericht
Vorlage: 0048/2010**

Berichterstatter: Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues

Vorsitzender Eisele informiert, dass die Tagesordnungspunkte 7 und 8 getauscht werden sollten. Da der Straßenbericht und das Hochbauprogramm wesentliche Bausteine des Budgets 12 seien, mache es Sinn, zunächst die Ausarbeitungen zum Hoch- und Tiefbau zu beraten und anschließend über das Budget 12 abzustimmen. Der Änderung der Tagesordnung wird im Ausschuss zugestimmt.

Herr Schmeing gibt zunächst einen Überblick über die Straßen- und Radwegebaumaßnahmen der Jahre 2010 und folgende, die nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) gefördert würden (vgl. Straßenbericht 2010, Seite 6). Auf die Frage von Herrn Osterhues, ob die Auflistung abschließend sei oder noch weitere Maßnahmen hinzukommen könnten, stellt Herr Schmeing klar, dass nur für den bei der derzeitigen Finanzlage unwahrscheinlichen Fall zusätzlicher Landesfördermittel weitere Baumaßnahmen realisiert werden könnten. Auch wenn sich eine der geplanten Bauvorhaben als nicht durchführbar herausstellen sollten, könne es zu Verschiebungen in der Liste kommen. Zunächst sei jedoch davon auszugehen, dass die Planungen auch umgesetzt werden könnten.

Vorsitzender Eisele weist auf die von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorliegenden sieben Anträge zum Budget 12 hin und bittet Herrn Welper um Erläuterung. Herr Welper führt aus, der Kreis Borken befinde sich aufgrund der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise in einer finanziellen Schieflage und müsse auch im Interesse der kreisangehörigen Städte und Gemeinden die Ausgaben drastisch reduzieren. Nicht zwingend notwendige Maßnahmen im Straßenbau müssten daher auf Folgejahre verschoben werden, um jetzt Einsparungen zu erzielen.

Herr Himmel lehnt die Verschiebung von anstehenden Deckenbaumaßnahmen ab und hebt hervor, wer mit offenen Augen durch das Kreisgebiet fahre, könne erkennen, welcher Straßenbaulastträger in der Vergangenheit sein Geld vernünftig eingesetzt habe und welcher nicht. Der Kreis Borken verfüge über ein hervorragendes Kreisstraßennetz, was auf die zielgerichtete und fachlich sinnvolle Verwendung der vorhandenen Finanzmittel zurückzuführen sei. Eine Abkehr der bisherigen Vorgehensweise in der Straßenunterhaltung sei langfristig kontraproduktiv.

Frau Lindenhahn macht deutlich, dass sie ebenfalls den Anträgen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht folgen könne. In einem Flächenkreis wie dem Kreis Borken sei das Auto trotz verbesserter ÖPNV-Angebote für die notwendige Mobilität unverzichtbar; dies setze ein leistungsfähiges Straßennetz zwingend voraus. Für die SPD stelle sich daher vielmehr die Frage, ob die vorgenommenen Kürzungen im Deckenbau die Haushaltsansätze nicht schon unter ein vertretbares Mindestmaß abgesenkt hätten.

Herr Kramer ergänzt in diesem Zusammenhang die Frage, inwieweit aufgrund der aktuellen Winterschäden mit einer Überschreitung der Haushaltsansätze zu rechnen sei. Herr Sonntag antwortet, dass die Verwaltung überzeugt sei, mit den vorhandenen Haushaltsmitteln alle notwendigen Maßnahmen durchführen zu können. Vor allem aufgrund der vom Kreistag in den letzten 15 Jahren für den Deckenbau zur Verfügung gestellten Finanzmittel sei das Kreisstraßennetz insgesamt in einem sehr guten Zustand.

Am Beispiel der K 35 zeigt Herr Sonntag anhand aktueller Fotos, dass bei der vor zwei Jahren erneuerten Straßendecke keine Frostschäden zu verzeichnen seien. Dies bedeute, dass größere Schäden derzeit nur auf Streckenabschnitten vorlägen, die ohnehin im nächsten oder übernächsten Jahr zur Deckenerneuerung anstünden. Insgesamt zeige der überdurchschnittlich frostige Winter 2009/2010 die Notwendigkeit konsequenter Straßenunterhaltung. Auch die doppelte Buchführung mache deutlich, dass ein Verzicht auf notwendige Unterhaltungsmaßnahmen mittelfristig zu keinen Einsparungen führe. Letztlich stelle sich nur die Frage einer kaufmännischen oder technischen Finanzierung. Bei der kaufmännischen Finanzierung würden notwendige Maßnahmen zeitgerecht erfolgen. Ab dem Zeitpunkt der Investition fielen dann zwar die Finanzierungskosten an, dies aber vor dem Hintergrund aktueller Preise und dem Vorteil, dass die laufende Inflation sich entlastend auf die Finanzierung auswirke. Beim Verschieben notwendiger Unterhaltungsmaßnahmen und der damit verbundenen aktuellen Geldmitteleinsparung könne man von einer technischen Finanzierung sprechen. Nachteilig sei hierbei allerdings, dass die Sanierung dann später zu inflationsbedingt höheren Preisen durchgeführt werden müsse und zwischenzeitlich zusätzlich kostenträchtige Flickarbeiten vorgenommen werden müssten. Entscheidender Nachteil sei jedoch der in der Zwischenzeit fortschreitende Verschleiß der Straße mit einer Schädigung der Tragschicht. Dies führe zu stark überproportionalen Kostensteigerungen einer verspäteten Straßensanierung.

Abschließend geht Herr Sonntag auf die Frage von Frau Lindenhahn zur Auskömmlichkeit der Deckenbaumittel im Haushaltsjahr 2010 ein. Er erläutert, dass es einen konsumtiven und einen investiven Deckenbau-Ansatz gebe. Aufgrund einer Erhöhung des investiven Ansatzes für Sanierungsmaßnahmen im Zusammenhang von Ausbauten, die über GVFG-Mittel gefördert würden, habe der konsumtive Ansatz im Haushalt 2010 deutlich zurückgefahren werden können. Insgesamt verbleibe eine Reduzierung um rund 400.000 €, die eine fachgerechte und zeitnahe Deckenerneuerung aber nicht gefährde.

Hierzu fragt Herr Klein ergänzend nach, wie grundsätzlich das Verhältnis von Abschreibung und Reinvestition im Straßenwesen sei. Herr Sonntag erwidert, dass die Summe der Abschreibungen im Haushalt 2010 rund 6,8 Mio. € betrage. Dem stünden Bruttoinvestitionen von 5,3 Mio. € gegenüber; darin seien rund 2 Mio. € für echte Neuinvestitionen enthalten. Die Summe der Reinvestitionen betrage somit lediglich 3,5 Mio. € und liege schon jetzt knapp unter der Hälfte der Gesamtabschreibung. Weitere Kürzungen im investiven Deckenbau würden die Situation zusätzlich verschlechtern.

Herr Vering bittet um die Vorlage eines Straßenzustandsberichtes; Herr Sonntag sagt dies für eine der nächsten Ausschuss-Sitzungen zu.

Zu dem Antrag 12-07 – Kürzung der Mittel für den kommunalfinanzierten Radwegebau – erklärt Frau Lindenhahn, dass die SPD Kürzungen in diesem Bereich kritisch gegenüberstehe. Im Übrigen merkt sie an, dass die dargestellte Kürzungsliste auch Maßnahmen enthalte, die gar nicht Gegenstand des kommunalfinanzierten Radwegeprogramms seien.

Herr Lensing ergänzt, der Ausschuss könne nicht ohne weiteres den Kommunen Finanzierungsmittel wegnehmen, die diese für die Durchführung von Radwegebaumaßnahmen eingeplant hätten.

Herr Welper entgegnet, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen kritisiere, wenn Radwege nicht entsprechend der erstellten Prioritätenliste, sondern in Abhängigkeit der Finanzkraft der Kommunen gebaut würden.

Frau Tanjsek möchte nach der Verabschiedung des Klimaschutzkonzeptes im Ausschuss für Umwelt nicht, dass die Förderung des Radfahrverkehrs durch Kürzung von Finanzmitteln zum Radwegebau gefährdet werde.

Herr Grothues berichtet von der vor einigen Tagen stattgefundenen Bürgermeisterkonferenz. Dort sei der kommunalfinanzierte Radwegebau thematisiert worden. Nicht wenige der Radwegebaumaßnahmen, die in diesem Programm bisher erstellt worden seien, begründeten sich auf der Arbeit von Bürgerinitiativen. Diese Form der Bürgerbeteiligung solle auch weiterhin Gehör finden. Die Bürgermeister begrüßten das Instrument des kommunalfinanzierten Radwegebauprogramms.

Nach der Beantwortung von weiteren Detailfragen der Ausschuss-Mitglieder zu verschiedenen im Straßenbericht 2010 aufgeführten Baumaßnahmen durch Herrn Schmeing bedankt sich Herr Welper für die Erläuterungen der Verwaltung und erklärt, dass er die Anträge 12-02 bis 12-07 zurückziehe.

Zum Hochbauprogramm 2010 berichtet Herr Sonntag, dass dieses naturgemäß fast ausschließlich durch Förderprojekte im Rahmen des Konjunkturprogramms II geprägt werde. Im einzelnen stelle er den geplanten Neubau der Mensa an der Neumühlenschule in Borken dar. Hierbei handele es sich um die einzige Neubaumaßnahme im Haushalt 2010 und zugleich um die größte Einzelbaumaßnahme nach dem KP II. Im Kern würden bedarfsgerechte Speiserräume für die Schülerinnen und Schüler der Neumühlenschule errichtet. Die Gesamtfläche der Mensa sei mit 500 qm auf den ersten Blick außerordentlich groß, ihre Notwendigkeit ergebe sich aber einerseits aus der gestiegenen Schülerzahl und andererseits aus dem hohen Behinderungsgrad einzelner Kinder und Jugendlicher. Ziel sei es, auch schwer mehrfach Behinderten eine Teilnahme am gemeinsamen Mittagessen zu ermöglichen. Hierzu müssten unter anderem große Wendekreise für die erforderlichen Spezialfahrstühle in der Bauplanung berücksichtigt werden. Nach Abschluss der Planungen sei mit einem Baubeginn im Mai 2010 zu rechnen. Auf Nachfrage ergänzt Herr Sonntag, dass die Dachflächen grundsätzlich für das Aufbringen von Photovoltaik-Anlagen geeignet seien.

Zum vorliegenden Energiebericht zeigt Herr Sonntag einige Diagramme zu den Energie- und Wasserverbräuchen 2008 (als Anlage beigefügt) und bringt die Hoffnung zum Ausdruck, dass die verzeichneten Rückgänge auf die durchgeführten Energiesanierungen zurückzuführen seien. Angesichts der Vielzahl von Einflussfaktoren und der nicht in jedem Einzelfall bestehenden Nachvollziehbarkeit der dargestellten Energie- und Wasserkennzahlen könne der statistische Nachweis dieser These allerdings nicht mit letzter Sicherheit geführt werden. Trotz dieser Unsicherheit mache es aber beispielsweise bei den Wasserkennzahlen im Hinblick auf die geringe finanzielle Bedeutung keinen Sinn, jede Schwankung der Kennzahlen mit hohem Aufwand aufzuklären.

Herr Welper und Herr Osterhues bitten um Erläuterung zu einzelnen Positionen im Energiebericht, die zur Niederschrift genommen werden sollen und im Folgenden aufgeführt sind:

1. Anstieg des Stromverbrauchs im Kreishaus Borken

Der deutliche Anstieg des Stromverbrauches im Kreishaus Borken – wie auch an einigen Berufskollegs – ist auf den zunehmenden Technisierungsgrad im IT-Bereich zurückzuführen. In den letzten Jahren wurden nicht nur zahlreiche zusätzliche Endgeräte (PC) in den Verwaltungsstellen und Schulen aufgestellt, sondern auch die Aufrüstung der Server, die rund um die Uhr laufen und Strom verbrauchen, war zur Verarbeitung der gestiegenen Datenmengen erforderlich.

2. Warmwasserbereitung durch Strom im Berufskolleg Stadtlohn

Die Warmwasserbereitung durch Strom im Berufskolleg Stadtlohn stellt bei vorhandenem Anlagenbestand die umweltfreundlichste und wirtschaftlichste Lösung dar. Dadurch ist es möglich, die Heizungsanlage in den Sommermonaten komplett

herunterzufahren, ohne für die relativ geringen Warmwassermengen Heizungswärme vorzuhalten. Der signifikante Anstieg des Stromverbrauches ist überwiegend auf die besagte Zunahme an Personalcomputern zurückzuführen.

3. Beheizung des provisorischen Klassenraum-Pavillons der Brüder-Grimm-Schule Bocholt mit Strom

Die Errichtung eines Pavillons mit zwei Klassenräumen auf dem Schulhof der Brüder-Grimm-Schule in Bocholt stellte die Alternative zu einer aufwändigen baulichen Erweiterung im Altbaubestand des Nebenstandortes in Bocholt-Liedern dar. Die Beheizung mit Strom ist sicherlich nicht wünschenswert, aber aufgrund der örtlichen Gegebenheiten die wirtschaftlichste Art der Beheizung. Im Hinblick auf die Unsicherheit, wie sich einerseits die Schülerzahl entwickelt und ob das System der Förderschulen in seiner jetzigen Form Bestand haben bzw. der Nebenstandort Bocholt aufgegeben wird, ist der Pavillon zur Zeit die flexibelste und günstigste Lösung.

4. Schwankungen der Wasserkennzahl am Berufskolleg Bocholt West

Wie Herr Sonntag in der Sitzung bereits erläuterte, gibt es Verbrauchsschwankungen, die nur mit hohem Aufwand zu ergründen sind. Es gab in 2002 einen lange unerkannten Wasserrohrbruch, was zu dem hohen Verbrauch geführt hat. Weshalb in 2005 ein Ausschlag nach oben erfolgte, bei ansonsten akzeptablen Werten 2003 – 2008, ist nicht ermittelbar, die finanzielle Differenz liegt aber zwischen 2005 und 2006 bei 1.384 €.

5. Enormer Heizenergieverbrauch in den Verwaltungsnebenstellen Gescher und Rhede

Ausgehend von der Anfrage von Herrn Weikamp wurden die Verbrauchsabrechnungen der beiden Nebenstellen erneut eingehend geprüft. Bei beiden Objekten handelt es sich um angemietete Teile eines Wohn- und Bürogebäudes, dessen Verbrauchskosten der Vermieter jeweils von einem Energiedienstleister ermitteln lässt. Diese Abrechnungen sind durch vielfältige Umrechnungsschlüssel, z.B. vom Energiewert des reinen Brennstoffes Gas zum Heizenergiewert, der am Wärmemengenzähler direkt abgelesen wird, und zusätzlich durch Aufteilung verschiedener Kostenpositionen auf mehrere Mieter im Gebäude sehr komplex und können daher fehlinterpretiert werden. Das war hier auch der Fall. Die Abrechnungen der Jahre 2002 bis 2008 wurden bei der Datenermittlung für den Energiebericht missverstanden und somit deutlich höhere Heizenergieverbräuche zugrundegelegt. Die Verwaltung bedankt sich, dass durch diese kritische Anfrage das „Geheimnis“ der hohen Heizkennzahlen gelöst wurde. Die als Anlage zur Niederschrift beigefügten Energiebilanzen 2.1.3 bis 2.1.6 sollten im Energiebericht gegen die fehlerhaften Seiten ausgetauscht werden.

Auf die Anregung von Herrn Klein, zur Unterstützung der Heizung und Warmwasserbereitung in den Objekten des Kreises Solarthermie einzusetzen, entgegnet Herr Sonntag, dass der Kreis bei jeder Ersatzinvestition den Einsatz regenerativer Energiequellen prüfe. Beim Bau der Offenen Ganztagschule an der Brüder-Grimm-Schule in Gescher sei beispielsweise eine Erdwärmeheizung errichtet worden. Allerdings lohne sich die Investition in neue Energieformen nur bei ohnehin anstehenden Erneuerungen. Angesichts des guten technischen Standards in den kreiseigenen Gebäuden fielen solche Erneuerungen nur vereinzelt an.

Herr Sonntag gibt zum Antrag 12-01 zu bedenken, dass vor dem Hintergrund des ungewöhnlich strengen Winters 2009/2010 nicht damit zu rechnen sei, weitere Minderausgaben im Haushaltsansatz der Energiekosten einplanen zu können; der Heizenergieverbrauch im Januar 2010 liege bereits um 30% höher als im Januar des Vorjahres.

Herr Welper zieht daraufhin den Antrag 12-01 zurück.

Beschluss: 17 Ja-Stimmen
 0 Nein-Stimmen
 0 Enthaltungen

Dem Straßenbericht 2010 sowie dem Hochbauprogramm 2010 wird zugestimmt.

Punkt 8: Beratung des Haushaltsentwurfs 2010 für das Budget 12 - Straßen, Gebäude und Grünflächen
Vorlage: 0030/2010

Nach eingehender Diskussion der geplanten Hoch- und Straßenbaumaßnahmen und der vorgelegten Zahlen zum Haushalt 2010 lässt Vorsitzender Eisele über das Budget 12 abstimmen.

Beschluss: 10 Ja-Stimmen
 0 Nein-Stimmen
 7 Enthaltungen

Dem Entwurf des Kreishaushaltes 2010, bezogen auf das Budget 12 – Straßen, Gebäude und Grünflächen, wird zugestimmt. Dem Kreistag wird insoweit empfohlen, den Haushalt 2010 zu verabschieden.

Punkt 9: Spätlinie des Sprinterbusses S 75 Münster - Bocholt (Antrag der SPD-Fraktion vom 10.02.2010)
Vorlage: 0052/2010

Der Antrag wurde im Rahmen der Beratung des Haushaltsentwurfs 2010 für das Budget 07 – Verkehr (TOP 6) behandelt.

**Punkt 10: Winterdienst - Die Verwaltung berichtet über die Arbeit des Winterdienstes im Kreis Borken (Antrag der SPD-Fraktion vom 10.02.2010)
Vorlage: 0053/2010**

Die Antworten zur SPD-Anfrage vom 10.02.2010 werden in der Sitzung ausgelegt und hier zur Niederschrift genommen:

Wie hat sich die Zusammenarbeit zwischen der Stadt Gescher und dem Kreis Borken gestaltet?

Der Kreis hat die kompletten Schulbuslinien der Stadt übernommen. Es erfolgte eine gemeinsame Einsatzleitung von Kreis und Stadt

Wie viele Mitarbeiter waren im Einsatz?

Bei normalem Einsatz 20 Kollegen, bei Schneeräumung sind 40 Kollegen im Einsatz.

Wurde auf andere Mitarbeiter zurückgegriffen, z. B. aus dem Bereich der Grünflächenbewirtschaftung

Ja

Konnte die Verwaltung auch auf externe Hilfe zurückgreifen?

An einem Wochenende wurde ein Fremdunternehmer eingesetzt.

Wie viele Stunden wurden bisher geleistet?

Insgesamt sind bislang rund 3.500 Stunden geleistet worden.

Gab es Engpässe beim Salz?

An zwei Tagen war eingeschränkter Winterdienst, ansonsten erfolgte der volle Einsatz. Zur Zeit sind ca. 80 to. Salz vorrätig.

Nach welchen Einsatzkriterien werden die Einsätze durchgeführt?

Der Bauhof ist durch die Winterdienstleitung ab 3:00 Uhr besetzt. Dieser entscheidet in Abstimmung mit dem Landesbetrieb und der Polizei bzw. der Rettungsleitstelle des Kreises, ob und in welchen Teilbereichen des Kreisgebietes Winterdienst erforderlich ist. Der Einsatz selbst erfolgt anhand der vor der Wintersaison und in Abstimmung mit den übrigen Straßenbaulastträgern erstellten Streu- und Räumpläne.

Wurden auch Radwege geräumt?

Ja, teilweise nach Bedarf.

Gab es Absprachen mit einzelnen Kommunen, wer was räumt?

Grundsätzlich ist der Winterdienst die gesetzliche Aufgabe des Straßenbaulastträgers. Innerhalb von Orstdurchfahrten sind immer die Städte und Gemeinden zuständig. Hier finden Absprachen statt, um sinnvolle Strecken durchgängig zu erzielen. (s.o.)

Gab es Beschwerden über nicht oder nur unzureichend geräumte Straßen?

Nein, die Bevölkerung war durch die Medien für die schwierige Situation sensibilisiert.

Wie teuer war der Wintereinsatz bisher?

Ca. 1.100 to. Salz x 65 € = 71.500 €. Hinzu kommen ca. 3.500 Einsatzstunden. Die Stunde ist mit ca. 80 € (Personal und Maschinen) anzusetzen. In der Summe somit 280.000 €. Hierin enthalten sind allerdings die Fixkosten sowie die laufenden Personalkosten, so dass es sich nur in einem begrenzten Rahmen um echte Mehrkosten handelt.

Wurde eine vorläufige Bestandsaufnahme der Straßen gemacht?

Ja, es ergaben sich keine großen Schäden.

Mit welchen Mehrkosten rechnet die Verwaltung, die ein Flickern der Straßen und Wege verursacht?

Gegenüber der Haushaltsveranschlagung werden keine zusätzlichen Aufwendungen für Flickarbeiten erwartet.

**Punkt 11: Errichtung von Photovoltaik-Anlagen auf kreiseigenen Gebäuden (Antrag der SPD-Fraktion vom 10.02.2010)
Vorlage: 0054/2010**

Berichterstatte(r)in: Frau Lindenhahn

Frau Lindenhahn bittet die Verwaltung um Stellungnahme zum vorliegenden Antrag.

Herr Grothues erläutert einfühend den Beschluss zur Errichtung von Photovoltaik-Anlagen auf kreiseigenen Gebäuden aus den Haushaltsberatungen für das Jahr 2009; die Umsetzung dieses Beschlusses sei mehrfach im Fachausschuss als Sachstandsbericht dargestellt worden, unter anderem in der Sitzung vom 10.06.2009. Erfreulicherweise schrecke auch die angekündigte Kürzung der Einspeisevergütungen für Strom aus Photovoltaik-Anlagen die Investoren für solche Anlagen auf kreiseigenen Gebäuden nicht ab.

Seit Beginn des Jahres 2009 führe der Kreis Borken mit den Stadtwerken im Kreisgebiet sowie der Sparkasse Westmünsterland Gespräche, um den Beschluss des Kreistages vom Januar 2009 zur Errichtung von Photovoltaik-Anlagen auf kreiseigenen Gebäuden umzusetzen. Ziel dieses Vorhabens sei in erster Linie die Verringerung von CO² Emissionen, zugleich sollten mögliche Erträge der heimischen Region zugute kommen. Die Stadtwerke Ahaus, Borken sowie die SVS aus Stadtlohn hätten nun in der vergangenen Woche gemein-

sam mit der Sparkasse Westmünsterland nach eigenen Angaben die Ampel auf Grün gestellt, um das Vorhaben zu realisieren. Eine gemeinsame Trägergesellschaft aller Beteiligten solle in den nächsten Wochen gegründet werden. In fast allen Fällen seien die entsprechenden Beschlüsse der Aufsichtsgremien bereits gefasst worden, müssten aber noch von den Kommunalparlamenten bestätigt werden. Die Vorbereitung der Ausschreibungsunterlagen für den Bau der Anlagen solle bis Ende März abgeschlossen sein. Dabei seien sich die Beteiligten bewusst, dass es vermutlich schwer werde, alle Anlagen noch vor dem 01.07.2010 zu installieren. Gleichwohl gingen sie davon aus, dass auch in der zweiten Jahreshälfte rentable Anlagen ans Netz genommen werden könnten.

Zum Antrag der SPD-Fraktion, eine Wirtschaftlichkeitsberechnung unter Berücksichtigung der angedachten Einspeisevergütung zu erstellen, bittet Herr Grothues um Verständnis, dass dies nur eine „Wasserstandsmeldung“ darstellen würde. Die Kosten und Preise auf dem Photovoltaikmarkt seien derart in Bewegung, dass eine Wirtschaftlichkeitsberechnung nur den unmittelbaren Zeitpunkt berücksichtigen könne. Es sei denkbar, dass aufgrund der anstehenden Reduzierung der Einspeisevergütung die Nachfrage nach PVA-Modulen bis zum 01.07.2010 steige, was sich auf die Anlagenpreise auswirke. Eine umfassende Berechnung heute könne in einigen Wochen wieder obsolet sein.

Frau Lindenhahn bedankt sich für die Sachstandsmitteilung und erklärt, dass sie nach den Ausführungen auf eine Wirtschaftlichkeitsberechnung verzichten kann.

Herr Schlippsing regt an, die Erträge des Kreises aus dem Betrieb der Photovoltaik-Anlagen als Umweltpreis zu stiften. Die Vergabe dieses Preises solle durch den Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr und Bauen erfolgen.

Herr Welper entgegnet, für die Vergabe von Umweltpreisen sei der Ausschuss für Umwelt zuständig.

Herr Schlippsing erwidert, er wolle den Vorschlag seiner Fraktion zu Protokoll nehmen lassen. Die detaillierte Ausgestaltung des Umweltpreises aus den Erträgen der Photovoltaikanlagen könne zu einem späteren Zeitpunkt diskutiert werden.

Punkt 12: Mitteilungen der Verwaltung

Herr Stienen erläutert die aktuellen Planungen zum Fahrrad-Event, das als der erste Fietsensonntag im Kreis Borken am 18.07.2010 stattfindet. Von Borken-Gemen über Weseke und Südlohn nach Stadtlohn könnten die Teilnehmer auf einer gesicherten Strecke, die an dem Tag natürlich frei von Kraftfahrzeugen sei, radeln und die verschiedenen Angebote erleben. Die Strecke habe sich angeboten, weil sie zentral im Kreisgebiet liege und der Fietsenbus das Angebot sinnvoll ergänze. Finanziert werde der Aktionstag über Landes- und Kreismittel sowie über Sponsorengelder. Der Fietsensonntag werde zurzeit stark beworben und man rechne bei gutem Wetter mit mindestens 10.000 Teilnehmenden. Für das nächste Jahr sei die Fortführung geplant.

Herr Stienen berichtet, die Zulassungsstelle und Führerscheinstelle hätten mit sehr guten Ergebnissen an interkommunalen Betriebsvergleichen teilgenommen. Interkommunale Betriebsvergleiche seien eine gute Möglichkeit der Selbstüberprüfung und böten Ansätze zur ständigen Weiterentwicklung. Die Zulassungsstelle habe in den Vergleichen eine führende Position unter den beteiligten Verwaltungen eingenommen. Hier seien sowohl in den Kunden- und Mitarbeiterbefragungen als auch bei den betriebswirtschaftlichen Überprüfungen Bestwerte erreicht worden.

Frau Lindenhahn ergänzt, sie habe beruflich immer wieder Kontakte zur Zulassungsstelle und möchte aus diesen Erfahrungen ein großes Lob aussprechen. Auch Kunden, die von der Zulassungsstelle zu ihr kämen, seien sehr angetan von der Freundlichkeit und Kompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Der Ausschuss begrüßt den Vorschlag von Herrn Lensing, in einer der nächsten Sitzungen die Zulassungsstelle zu besichtigen.

Herr Stienen teilt den aktuellen Stand zur Verlängerung der Konzession der Linie S 75 mit. Der Vertrag mit der Westfalenbus GmbH werde noch einmal um 3 Jahre verlängert. Es möglichst rechtssicherer Vertrag werde derzeit ausgehandelt. Danach müsse entsprechend dem EU-Recht eine europaweite Ausschreibung erfolgen.

Herr Stienen informiert über wesentliche Änderungen durch die StVO-Novelle. Insbesondere bezüglich des Radverkehrs habe es einige wichtige Veränderungen gegeben. Es sei erkannt worden, dass der abgesetzte Radweg mit Benutzungszwang aus verkehrssicherheits-technischer Sicht nicht immer die optimale Lösung für alle Situationen sei. Er werde auch nicht immer den unterschiedlichen Ansprüchen der Nutzer gerecht. Daher sei der Benutzungszwang gelockert und die Benutzung linksseitiger Radwege würde nur noch in ganz besonderen Ausnahmefällen angeordnet.

Herr Osterhues erklärt, er halte die Änderungen der StVO für ein Thema von grundsätzlicher Bedeutung für den Ausschuss und bitte daher darum, sie zum Gegenstand der Beratung in der nächsten Sitzung zu machen.

Abschließend richtet Herr Stienen die Bitte an die Kommunalpolitiker, bei der im Rahmen der Landtagswahl anstehenden Wahlwerbung darauf zu achten, dass Wahlplakate keine zusätzlichen Gefahrenquellen für Verkehrsteilnehmer erzeugen.

Herr Grothues schlägt vor, die Ausschuss-Sitzung im September im Berufskolleg für Technik in Ahaus durchzuführen, um an Ort und Stelle die Umsetzung der energetischen Sanierungsmaßnahmen nach dem Konjunkturprogramm II zu besichtigen. Dies wird im Ausschuss einhellig begrüßt.

Punkt 13: Anfragen

Punkt 13.1: Stadtbus Bocholt und RVM Anfrage der SPD-Fraktion vom 21.02.2010 Vorlage: 0073/2010

Berichterstatter/in: Elisabeth Lindenhahn

Die Antworten zur SPD-Anfrage vom 21.02.2010 werden in der Sitzung ausgelegt und hier zu Protokoll genommen:

=> Wie vielen Arbeitnehmern wurde bzw. wird gekündigt werden?

Nach derzeitigem Stand soll 28 Mitarbeitern, davon 9 geringfügig Beschäftigten und 6 Teilzeitmitarbeitern gekündigt werden. 7 befristete Arbeitsverträge laufen aus.

=> Wie viele Arbeitnehmer werden nach Stadtlohn übernommen.

4 Mitarbeiter sollen in Stadtlohn übernommen werden.

Weiterhin werden den zu kündigenden Mitarbeitern Angebote zur Übernahme bei den RVM-Betriebsstellen in Beckum und Ibbenbüren in einer Größenordnung von ca. 4 Arbeitsplätzen gemacht. Ein Erschwernisausgleich im Sozialplan ist vorgesehen.

=> Fallen dadurch in Stadtlohn evtl. andere Arbeitsplätze weg (z.B. Zeitverträge).

Nein, es fallen keine anderen Arbeitsplätze weg.

=> Mit welchen Kosten rechnet die RVM wegen des Sozialplanes?

Es wird mit Sozialplankosten von etwa € 160.000,- gerechnet. Dieser Betrag ist bei Abgabe des Ausschreibungsangebots vor 9 Jahren in den Preis als Kosten einkalkuliert worden, die Bilanz der RVM Verkehrsdienst GmbH enthält entsprechende Rückstellungen, die bei Wirksamwerden der Sozialplankosten aufgelöst werden.

=> Wie viele Tarifverträge und welche haben der RVM zur Zeit Gültigkeit?

RVM: TV-N (Spartentarifvertrag Nahverkehr)

RVM VD: TV-N in Nachwirkung

=> Wie hoch ist der Durchschnittsstundenlohn eines Busfahrers?

- Altbelegschaft RVM 15,65 € plus Sonderzuwendung und Zulagen,
- RVM-Verkehrsdienst von 11,12 € bis 12,10 € plus Sonderzuwendung und Zulagen, zurzeit Durchschnittsstundenlohn in Bocholt: 11,82 €
- NWO (Tarifvertrag des privaten Omnibusgewerbes in NRW): von 11,02 € bis 11,28 € + Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld, Zulagen

=> Wie viele Gesellschafter hat die RVM noch?**=> Wer ist noch Gesellschafter?**

Gesellschafterliste Stand 22.02.2009

Gesellschafter
Westfälische Verkehrsgesellschaft
Kreis COE
Kreis ST
Kreis WAF
Kreis BOR
Stadt Münster
Stadt Hamm
Stadt Lüdinghausen
Stadt Ahlen
Stadt Beckum
Stadt Warendorf
Wirtschafts- und Bäderbetrieb Oelde GmbH

Gemeinde Nordkirchen
Stadt Ennigerloh
Gemeinde Wadersloh
Stadt Sendenhorst
Stadt Selm
Stadt Drensteinfurt
Gemeinde Everswinkel

=> Welche Möglichkeit hat der politische Raum, den Aufsichtsrat der RVM aufzufordern, entsprechende Gespräche zu führen und evtl. zu einem Abschluss zu kommen, der nicht nur für die Arbeitnehmer der Stadtbuss Bocholt sondern auch für den Kreis und für die kreisangehörigen Kommunen, die die Kosten für Entlassungen durch die Kreisumlage zahlen müssen, positiv zu bewerten wäre.

Mehrheitsbeschlüsse der politischen Gremien können zwar für ein Aufsichtsratsmitglied keine absolut bindende Wirkung haben, da ein Aufsichtsratsmitglied zuvorderst den Interessen des Unternehmens verpflichtet ist und dafür persönlich Verantwortung zu tragen hat. Gleichwohl wird ein politischer Mehrheitsbeschluss Einfluss auf die eigene Positionierung des Mandatsträgers haben.

=> Ist inzwischen eine Übernahme eines Busunternehmens erfolgt?

Die Übernahme ist in Vorbereitung. Derzeit findet der nach der Gemeindeordnung NRW erforderliche Prüfprozess statt.

=> Wenn ja, welche Fahrleistung hat dieses Unternehmen bisher erbracht?

Subunternehmeraufträge für die RVM, für Schulträger und Gelegenheitsverkehr.

=> Wurden die Busfahrer von der RVM übernommen?

Das zu übernehmende Unternehmen bleibt vollständig erhalten, die Busfahrer sollen in diesem Unternehmen verbleiben.

=> Welcher Tarifvertrag hatte in diesem Unternehmen Gültigkeit?

Mantel- und Lohntarifvertrag des Verbands Nordrhein-Westfälischer Omnibusunternehmen (NWO)

=> Bei wie viel Prozent liegt zur Zeit die Quote der eigenen Fahrleistungen?

ca. 46%

=> Aufgrund welcher Vereinbarung (Vertrag oder ähnliches) ist die Zusammensetzung des Aufsichtsrates bzw. des Beirates geregelt?

Die Zusammensetzung wird im neuen Gesellschaftsvertrag geregelt.

=> Wann wird der neue Aufsichtsrat gewählt?

Der Aufsichtsrat wird am 14.07.2010 in der Gesellschafterversammlung gewählt.

=> Wer wählt die Mitglieder für den neuen Aufsichtsrat?**=> Wer schlägt die zu wählenden Aufsichtsratsmitglieder vor?**

Die Gebietskörperschaften (gemäß § 113 Abs. 2GO) sowie die Arbeitnehmervertretungen (gemäß § 14 ff. BetrVG) „bestimmen und entsenden“ die Aufsichtsratsmitglieder.

=> Wird der Beirat neu gewählt?**=> Wer schlägt die zu wählenden Mitglieder des Beirates vor?****=> Wer wählt den Beirat?**

Nach derzeitigem Entwurf des Gesellschaftsvertrags wird der Beirat durch die Gesellschafterversammlung berufen, Wahl- und Vorschlagsverfahren nicht explizit definiert.

=> Wurden auch Bürgermeister oder Verwaltungsbeamte aus Kommunen vorgeschlagen, die keine Anteile mehr haben?

Im aktuellen Aufsichtsrat: Herr Lührmann, BM Borken, Herr Holz, BM Senden

Der Kreis Coesfeld hat im Zusammenhang mit der Übernahme der städtischen Anteile an der RVM den Bürgermeistern einen Sitz im Aufsichtsrat zugesagt. So ist in Coesfeld folgende Besetzung des Aufsichtsrates vorgesehen: Politik(1), Verwaltung(1) und Politik(1). Im Kreis Borken haben sich die Bürgermeister auf die Regelung in Coesfeld berufen. Um auch den anderen Kreisen eine ähnliche Besetzung zu ermöglichen, soll der Gesellschaftsvertrag in der Weise angepasst werden, dass auch die Kreise Borken und Warendorf zukünftig je 3 Mitglieder in den Aufsichtsrat entsenden (bislang 2).

**Punkt 13.2: Flugplatz Stadtlohn Wenningfeld
Anfrage der SPD-Fraktion vom 10.02.2010
Vorlage: 0055/2010**

Die Antworten zur Anfrage der SPD vom 10.02.2010 werden in der Sitzung ausgelegt und hier zu Protokoll genommen:

1. Fragenkreis:

Welche Kosten hat die jetzt vorgenommene Verlängerung der Start- und Landebahn verursacht?

Die 2009 durchgeführte 1. Baustufe zur Anpassung der Start- und Landebahn hat Nettoausgaben von 1.883.685,21 € verursacht. Die genaue Aufstellung der Einzelzahlungen liegt den Mitgliedern des Aufsichtsrates der Flugplatz Wenningfeld GmbH vor.

Welche Beträge sind hierfür vom Land geflossen?

Das Land hat für die Erneuerung der vorhandenen Befeuerungsanlagen 271.156 € und für die sonstigen Baukosten 800.000 €, somit insgesamt 1.071.156 € (56,9 %) bewilligt und gezahlt. Die genaue Abrechnung erfolgt im Rahmen des Schlussverwendungsnachweises.

Wie haben sich die Flugbewegungen verändert? In den vergangenen Jahren waren die Flugbewegungen stark rückläufig. Die Zahl der Flugbewegungen haben sich von 27.873 in 2005 auf 19.794 in 2006 und 19.407 in 2007 reduziert. Bei den gewerblichen Flügen ist die Zahl fast halbiert worden – von 1.734 in 2005 auf 934 in 2006 und 864 in 2007. Die Tabelle über die Landungen auf dem Landeplatz für die Jahre 2000 – 2007 liegt der SPD-Kreistagsfraktion vor. Daher bitten wir um Angabe der Landungen für die Jahre 2008 und 2009 – die Aufteilung der einzelnen Flüge sollte genauso erfolgen, wie in der vorliegenden Tabelle.

Die oben angegebenen Zahlen geben die Anzahl der Landungen am Flugplatz Stadtlohn-Vreden wieder. Für die Anzahl der Flugbewegungen müsste die Anzahl der Landungen um die Anzahl der Starts ergänzt werden, d.h. die Zahl wäre zu verdoppeln.

Die Anzahl der Landungen insgesamt am Flugplatz Stadtlohn-Vreden in den Jahren 2008 und 2009 sind der untenstehenden Tabelle zu entnehmen. Die Tabelle weist auch die Anzahl der Landungen im Bereich „gewerbliche Flüge“ aus. Zu berücksichtigen ist, dass der Flugplatz Stadtlohn-Vreden in 2009 für drei Wochen aufgrund der Baumaßnahmen geschlossen war.

Jahr / Flug	2005	2006	2007	2008	2009
gewerbliche Flüge	1988	1059	864	903	767
Schulflüge	6487	380	3994	4749	4221
Privatflüge	5936	6727	6569	5929	5378
Segelflüge	1255	935	1255	887	1046
Flugzeugschleppflug	141	94	96	127	185
Motorsegler	562	561	465	420	326
Ultraleicht-Flüge	10974	6212	5853	3838	4840
Hubschrauber	530	405	311	308	298
Gesamt	27873	19794	19407	17161	17061

Sind nach dem Ausbau der Landebahn die gewerblichen Flüge wieder angestiegen?

Die neue Landebahn kann seit dem 28.09.2009 im Tagflug und seit dem 23.10.2010 auch im Nachtflug genutzt werden. Die Anzahl der Flugbewegungen ist, da der Flugplatz Stadtlohn-Vreden nur über eine Betriebsgenehmigung für Flugbetrieb nach Sichtflugregeln verfügt, witterungsabhängig. Insbesondere in den Monaten November – Februar kommt es aufgrund von Nebel oder Schneefällen regelmäßig zu Einschränkungen im Flugverkehr. In der Zeit vom 28.09.2009 – 31.12.2009 wurden 123 Landungen im Bereich „gewerbliche Flüge“ aufgezeichnet. Aussagen, ob die Anzahl der gewerblichen Flüge im Vergleich zu den Vorjahren wieder gestiegen sind, sind seriös noch nicht möglich.

Mit wie vielen gewerblichen Landungen in 2010 rechnet die Gesellschaft?

Der Flugplatz Stadtlohn-Vreden geht aufgrund der Startbahnverlängerung von einem Anstieg der Anzahl Landungen im Bereich „gewerblichen Flügen“ im Vergleich zum Jahr 2009 aus. Es ist aber fraglich, wie sich die Wirtschaftskrise generell auf den gewerblichen Flugverkehr auswirken wird.

Wie viele und welche Betriebe sind zur Zeit an dem Flugplatz angesiedelt?

Folgende acht gewerbliche Unternehmen sind am Platz tätig:

Gehling Flugzeugtechnik mbH

Flugplatzbetriebsgesellschaft Stadtlohn mbH

Air Stadtlohn Flugbetriebs GmbH

Skydive Stadtlohn

Fun Flight Stadtlohn

Wings4You

Aircraft Cleaning Münsterland

Restaurant am Flugplatz

Wie viele Arbeitnehmer beschäftigen die Betriebe zur Zeit?

Die acht Unternehmen beschäftigen ca. 50 Arbeitskräfte.

Wie viele Betriebe –die ihren Standort an dem Flugplatz hatten- haben zwischenzeitlich ihren Betrieb eingestellt bzw. an einen anderen Ort verlagert?

Nur das Unternehmen Excellent Air ist in den vergangenen Jahren vom Flugplatz Stadtlohn-Vreden weggegangen und hat seinen Betrieb mittlerweile ganz eingestellt.

Wie viele Arbeitnehmer waren davon betroffen?

Angaben zur Anzahl der von der Insolvenz von Excellent Air betroffenen Arbeitnehmer liegen uns nicht vor.

Sind zur Zeit weitere Betriebe an einer Ansiedlung an dem Flugplatz interessiert, wenn ja, wie viele und aus welcher Branche?

Gegenüber dem in den Sitzungen von Kreisausschuss und Kreistag im Januar dargestellten Sachstand gibt es keine Änderungen.

Hat inzwischen eine Taxifluglinie Interesse bekundet, sich an dem Flugplatz anzusiedeln oder werden mit Taxiflugunternehmern Gespräche geführt, damit diese sich evtl. dort ansiedeln werden?

Gegenüber dem in den Sitzungen von Kreisausschuss und Kreistag im Januar dargestellten Sachstand gibt es keine Änderungen.

Haben die Nachflüge zugenommen?

Die Anzahl der Flüge zwischen 22:00 Uhr und 6:00 Uhr hat seit dem 27.09.2009 nicht zugenommen.

Sind nach Verlängerung der Landebahn Beschwerden wegen Zunahme des Fluglärms ergangen?

Als Luftaufsichtsbehörde ist die Bezirksregierung Münster verantwortlich für Lärmbeschwerden, welche die Nutzung des Flugplatzes Stadtlohn-Vreden betreffen. Beschwerden niederländischer Bürger/innen, die meist bei der Provinz Gelderland eingehen, werden von dort an die Bezirksregierung Münster weitergeleitet und dem Flugplatz Stadtlohn-Vreden anonymisiert zur Information übersandt. Der Flugplatz Stadtlohn-Vreden hat bislang keine Kenntnisse über Lärmbeschwerden seit der Bahnverlängerung.

2. Fragenkreis:

Wie weit sind die Grundstücksverhandlungen – rechnet die Verwaltung noch in diesem Jahr mit einer Einigung?

Gegenüber dem in den Sitzungen von Kreisausschuss und Kreistag im Januar dargestellten Sachstand gibt es keine Änderungen. Zunächst soll das Hauptsacheverfahren abgewartet werden.

Ist der weitere Ausbau der Landebahn nur von diesen Grundstücksverhandlungen abhängig, oder müssen noch weitere Hürden genommen werden?

Zur Finanzierung weiterer Baumaßnahmen ist neben dem Grunderwerb die Bewilligung der entsprechenden Landesmittel erforderlich. Vor der Durchführung weiterer Ausbaumaßnahmen an der Start- und Landebahn ist zunächst die erstinstanzliche Entscheidung des Verwaltungsgerichts in der Hauptsache abzuwarten. Unabhängig davon gelten die Brutschutzbestimmungen nach dem Genehmigungsbescheid, entsprechend denen in der Zeit vom 15.03. bis zum 15.06. eines Jahres keine größeren Baumaßnahmen durchgeführt werden dürfen.

Hat sich die Verwaltung ein Ziel gesetzt, bis wann der weitere Ausbau von statten gehen soll?

Die weitere Terminplanung hängt von der Dauer des Hauptsacheverfahrens und der Bereitstellung der erforderlichen Grundstücke sowie der Bewilligung von Fördermitteln ab (s.o).

Wie weit sind die bisher durch den Kreistag Borken bewilligten Gelder für die Verlängerung der Landebahn bisher ausgeschöpft worden – wie viel wurde bisher ausgegeben, wie viel steht für den weiteren Ausbau noch zur Verfügung?

Es wurden 1.772.000 € an die Flugplatz Wenningfeld GmbH ausgezahlt. Dies entspricht der Gesamtsumme der bislang vom Land für den Grunderwerb, die Planungskosten, die Verlegung der Versorgungsleitungen sowie für die 1. Baustufe gezahlten Fördermittel. Es stehen noch 1.923.000 € zur Verfügung.

Welcher Kostenaufwand kommt durch die nächste Ausbaustufe noch auf den Kreis Borken zu?

Es ist davon auszugehen, dass bei vollständiger Realisierung der Maßnahme die noch bereit stehenden Mittel des Kreises abgerufen werden.

Hat das Land geplant in 2010 Mittel im Haushalt für eine weitere Verlängerung der Landebahn einzustellen?

Fördermittel für die Anpassung von Verkehrslandeplätzen an die Sicherheitsvorschriften der JAR-OPS1 bzw. EU-OPS 1 sind im Landeshaushalt enthalten. Diese sind nicht maßnahmescharf veranschlagt.

Nach den ursprünglichen Planungen soll die Segelflughahn mit einem Kostenvolumen von ca. 1 Mio. € verlegt werden. Ist dies weiterhin geplant? Wenn ja, beteiligen sich die Segelflieger an diesen Kosten?

Die Verlegung der Segelflughahn ist Teil der luftverkehrsrechtlichen Genehmigung, da sie aus Sicherheitsgründen zur Einhaltung der vorgeschriebenen Abstandsflächen notwendig ist. Der bekannte Finanzierungsplan sieht eine Beteiligung der Segelflieger nicht vor.

3. Fragenkreis:

Ist dieser Beirat inzwischen gegründet worden?

Ja. Es fanden bislang zwei Sitzungen statt.

Wenn ja, wer ist Mitglied in diesem Beirat?

Herr Carl Drees, Belangengroupen IPW – RB – HHB

Herr Rik Gommers, Gemeente Winterswijk

Herr Hubert Grothues, Kreis Borken

Herr Joachim Hartmann, Stadt Vreden

Herr Henry Hegemann, OWIN Winterswijk

Herr Bernd Lösing, Anwohner Vreden-Großemast

Herr Hermann Schmeink, Stadt Stadtlohn

Frau Dr. Elisabeth Schwenzow, Flugplatzbetriebsgesellschaft Stadtlohn mbH

Herr Manfred Sczesny, Anwohner Stadtlohn-Wenningfeld

Herr Peter Sonntag, Kreis Borken

Herr Günter Thesing, Experte Flugverkehr

Herr Gertjan van Eijk, Provinz Gelderland

Ende des öffentlichen Teils

B. Nichtöffentlicher Teil

Punkt 14: Mitteilungen der Verwaltung

keine

Punkt 15: Anfragen

keine

Vorsitzender Eisele schließt die Sitzung um 20:03 Uhr.

Eisele
Vorsitzender

Sobek Bußmeier
Schriftführung